

Klingemann, Hans-Dieter

Article — Digitized Version

Fakten oder Programmatik?: Die Thesen von Murphy et al. über den Bedeutungswandel von "links" und "rechts" und das gegenwärtige Verständnis der politischen Richtungsbegriffe in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland

Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft. Mit Sonderheften

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1982) : Fakten oder Programmatik?: Die Thesen von Murphy et al. über den Bedeutungswandel von "links" und "rechts" und das gegenwärtige Verständnis der politischen Richtungsbegriffe in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft. Mit Sonderheften, ISSN 0032-3470, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Vol. 23, Iss. 2, pp. 214-224

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112447>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Fakten oder Programmatik?

Die Thesen von *Murphy* et al. über den Bedeutungswandel von „links“ und „rechts“ und das gegenwärtige Verständnis der politischen Richtungsbegriffe in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

Hans-Dieter Klingemann

In ihrem Forumsbeitrag haben es *Murphy* et al. unternommen, die gegenwärtige und die mögliche zukünftige Bedeutung der politischen Richtungsbegriffe Links und Rechts neu zu bestimmen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die traditionelle, wertbezogene Definition. ‚Links‘ ist danach durch das Streben nach Gleichheit und Emanzipation in besonderer Weise gekennzeichnet, während ‚rechts‘ mit den Vorstellungen von einer natürlichen Ordnung und einer hierarchisch gestuften Welt, mit der Bewahrung des status quo also, verknüpft wird. Dieses Verständnis des Inhalts der Links-Rechts-Symbolik in der Politik wird seit langem weithin geteilt. *Lipset* et al. haben es in einem einflußreichen Handbuchartikel 1954 wie folgt formuliert: „By left we mean advocating social change in the direction of greater equality – political, economic, or social; by right we mean supporting a traditional, more or less hierarchical social order, and opposing change toward greater equality.“ (*Lipset* et al. 1954: 1135)

Murphy et al. führen dann aus, daß die Interpretation dessen, was aus den mit ‚links‘ und ‚rechts‘ verbundenen Werten folgen soll, stets auf den Problem- und Handlungshorizont einer Zeit bezogen ist. Daraus folgt, daß sich mit einer Veränderung der gesellschaftlichen Problemlage auch die inhaltliche Bedeutung von ‚links‘ und ‚rechts‘ wandelt. Eine solche historisch gerichtete Betrachtungsweise wird etwa auch von *Kolakowski* vertreten, der feststellt: „Therefore, rather than construct an easy though ineffective general concept of the Left applicable to all eras, let us accept existing social reality as a fact and look for the basic conflicts that define current history.“ (*Kolakowski* 1969: 151)

Murphy et al. meinen nun, daß sich die „säkulare Tagesordnung“ in der Bundesrepublik Deutschland verändere, und daß sich deshalb auch ein Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe eingestellt habe, der sich in Zukunft noch akzentuieren würde. Empirisch festgemacht wird der Bedeutungswandel an der Problemsicht und der Programmatik der neuen sozialen Bewegungen, insbesondere aber an der Ökologiediskussion und der Wachstumskritik. Ohne die Details hier noch einmal zu referieren, sehen die Autoren die neuen Elemente im Verständnis von ‚links‘ wie folgt: „Von einer ökonomisch und estatistisch verengten Perspektive abgerückt, stellt die neue Linke eine enge Verbindung zwischen Emanzipation einerseits und soziokulturellen Zusammenhängen andererseits her. Vor allem wird der Wert ‚Brüderlichkeit‘ neu entdeckt und mit den Werten Freiheit und Gleichheit neu verbunden“ (*Murphy* et al. 1981: 406). Das Neue im Verständnis von ‚rechts‘ ist, so *Murphy* et al., wegen der reaktiven, anti-utopischen Grundposition nur schwer auszumachen. Neu sei aber am ehesten noch, daß die gestiegenen Bedürfnisse nach Kommunikation und Zugehörig-

keit zu intakten Gemeinschaften im Rahmen von traditionalistischen Bindungs- und Ordnungsvorstellungen teilweise mit aufgenommen würden.

Die beschriebene Art der neuen gesellschaftlichen Konflikte und die darauf basierte Neuinterpretation von ‚links‘ und ‚rechts‘ hat deutliche Parallelen zu *Ingleharts* Theorie des Wertwandels. *Inglehart* postulierte bereits 1971: „... that the basic value priorities of Western publics had been shifting from a Materialist emphasis toward a Post-Materialist one – from giving top priority to physical sustenance and safety, toward heavier emphasis on belonging, self-expression and the quality of life“ (*Inglehart* 1981: 880). Die umfangreichen empirischen Analysen, die *Inglehart* und andere dazu vorgelegt haben, sprechen für die Wahrscheinlichkeit eines Wertwandels in den Bevölkerungen westlicher Demokratien, wenn man auch über die Ursachen der Veränderungen unterschiedlicher Meinung sein kann¹.

Murphy et al. behaupten nun aber – im Gegensatz zu *Inglehart* und anderen – daß sich diese neuen Werte oder, wenn man so will, die Neuinterpretation der alten Werte in einem veränderten Verständnis der politischen Richtungsbegriffe links und rechts niederschlägt. „Die politischen Richtungsbegriffe werden neu bestimmt, aber sie werden beibehalten“ (*Murphy* et al. 1981: 399). Die These ist weder theoretisch noch politisch folgenlos. Theoretisch wird damit eine Erweiterung des politischen Koordinatensystems und die Entwicklung neuer politischer Symbole mit Richtungscharakter für unwahrscheinlich gehalten. Politisch muß die Hoffnung auf eine programmatisch eines Tages wieder geeinte Linke nicht aufgegeben werden.

Nun ist das Links-Rechts-Schema aber auch ein generalisierendes Orientierungsmittel, das nicht nur für die mit der Definitionsmacht ausgestatteten politischen und sozialwissenschaftlichen Eliten eine große praktische Bedeutung besitzt. Diese politischen Symbole gehören zum Kernbestand zumindest der europäischen politischen Kultur; die Sprache der Politik kennt keine politischen Richtungsbegriffe mit einem vergleichbaren Grad an sozialer Diffusion. Da dies aber so ist, bietet es sich an, nach dem Verständnis zu fragen, das die Bevölkerung selbst mit den Begriffen Links und Rechts in der Politik verbindet. Die Thesen von *Murphy* et al. sind also prinzipiell empirisch überprüfbar. Zumindest bei denen, die die neuen sozialen Bewegungen unterstützen, sollten die neuen Elemente des Verständnisses von links und rechts im Ansatz erkennbar sein.

Die Bereitschaft, die eigenen politischen Ansichten mit Hilfe einer inhaltlich nicht näher definierten Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala anzugeben, ist in den Bevölkerungen westlicher Demokratien in hohem Maße vorhanden². Für die Bundesrepublik Deutschland liegt dieser Anteil, das zeigen eine Vielzahl von Untersuchungen, bei etwa 90 Prozent. Selbst in den USA, wo die Richtungsbegriffe Links und Rechts nicht in gleicher Weise Bestandteil der politischen Kultur sind, gilt das noch für Zweidrittel der Bevölkerung. Es fällt den Befragten offenbar auch nicht schwer, bestimmte politische Objekte – Parteien, Politiker usw. – in plausibler Weise entlang der Links-Rechts-Dimension zu ordnen³. Darüberhinaus liegen Ergebnisse von Paneluntersuchungen vor, die besagen, daß sich die Einstufungen auf der Links-Rechts-Skala im Vergleich zu anderen politischen Einstellungen auch über größere Zeitabstände weniger dramatisch verändern⁴. All dies gehört mit zu den Gründen dafür, daß sich die Ver-

wendung der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala in der Umfrageforschung einer steigenden Beliebtheit erfreut.

Aus solcher Evidenz nun allerdings den Schluß zu ziehen, daß links und rechts: „... praktisch für jedermann ein brauchbares und auch sachgerecht angewandtes Orientierungsmittel darstellten ...“ (*Murphy et al.* 1981: 399) scheint uns verfrüht. Einmal sagt die Tatsache, daß 90 Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung die politischen Symbole links und rechts wiedererkennen, noch nichts darüber aus, ob sie als Ordnungs- und Bewertungskategorien relevant sind und die individuellen politischen Entscheidungen beeinflussen. Zum anderen kann man daraus auch noch nichts darüber ableiten, was links und rechts für den Bürger nun individuell bedeuten.

Die Frage: „Und wenn es um Ihre eigenen Ansichten zur Politik geht, denken Sie dann an die Begriffe ‚links‘ und ‚rechts‘ oder tun Sie das nicht?“ könnte als ein Indikator für persönliche Relevanz angesehen werden. Diese Frage, so *Gibowski*, beantworteten im Mai/Juni 1976 nur 36 Prozent einer repräsentativen Stichprobe der wahlberechtigten Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik mit ja (*Gibowski* 1977: 624, Anm. 6). 94 Prozent derselben Befragten waren aber gleichzeitig bereit, ihre politischen Ansichten auf der Links-Rechts-Skala einzustufen.

Aufschlußreich sind auch die Ergebnisse einer von *Pappi* vorgelegten Analyse zur individuellen Perzeption des deutschen Parteiensystems (*Pappi* 1981). Ausgehend von der Stärke der Präferenz, die der Wähler für die politischen Parteien empfindet (Paarvergleich; vorgegebene Parteien: DKP, SPD, FDP, CDU/CSU, NPD), wurde hier versucht, mit Hilfe einer Entfaltungsanalyse die Dimensionalität des Parteienraumes zu messen. Nach dieser Untersuchung, die Daten aus dem Jahre 1980 verwendet, kommt *Pappi* zu dem Ergebnis, daß 51 Prozent der Befragten eine mit der qualitativen Links-Rechts-Dimension zu vereinbarende Präferenzordnung aufwiesen. Für die Wahljahre 1969 und 1972 teilt *Norpoth* Anteilssätze mit, die noch weit darunterliegen (*Norpoth* 1979).

Insgesamt sind diese und andere, ähnliche Ergebnisse dazu angetan, Zweifel daran zu wecken, ob diese Richtungsbegriffe wirklich für *jedermann* ein brauchbares und *sachgerecht* angewandtes Orientierungsmittel darstellen.

Grundlegender und im Zusammenhang mit den Thesen von *Murphy et al.* auch wichtiger ist allerdings die Frage der inhaltlichen Bedeutung der politischen Symbole Links und Rechts in der Bevölkerung. Ist es wirklich so, daß mit diesen Begriffen, wie in den verschiedenen Definitionsversuchen unterstellt, ein unterschiedliches Wertbewußtsein, Antworten auf die dominanten politischen Aufgaben oder Entwürfe zur Organisation von Gesellschaft – alt oder neu – verknüpft werden? Auch hier sind nach der Forschungslage Zweifel angebracht. Es ist interessant und unverstündlich zugleich, daß *Murphy et al.* auf die empirischen Befunde zur Konzeptualisierung von Politik in der Bevölkerung, insbesondere aber auf die zum Verständnis politischer Symbole, überhaupt nicht eingehen. Die „Klassiker“ auf diesem Gebiet, *Converse* und *Laponce*, kommen einfach nicht vor (vgl. *Converse* 1964, 1974; *Laponce* 1970, 1972, 1975). Auf diese Literatur sei an dieser Stelle nur hingewiesen; wir wollen sie nicht referieren. Wir wollen für die Argumentation vielmehr auf Daten zurückgreifen, die im Rahmen

unserer eigenen Forschungen in den Jahren 1974 und 1980 für die Bundesrepublik Deutschland erhoben wurden⁵.

In den beiden Umfragen wurde ein repräsentativer Querschnitt der deutschen Wohnbevölkerung (16 Jahre und älter) zunächst gebeten, die eigenen politischen Ansichten auf der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala zu lokalisieren. Diejenigen Interviewten, die dazu bereit waren, wurden dann weiter gefragt: „Können Sie mir bitte nun noch sagen, was Sie persönlich unter den Begriffen ‚Links‘ und ‚Rechts‘ verstehen, wenn es um Politik geht?“ Die Interviewer waren gehalten intensiv nachzufragen („Und wäre sonst noch etwas dazu zu sagen? Und noch etwas? Fällt Ihnen dazu noch etwas ein?“) und die Antworten möglichst wörtlich zu protokollieren. Diese Antworten wurden dann nach den Regeln der quantitativen Inhaltsanalyse verschlüsselt. Das dazu verwendete Klassifikationsschema, das in enger Anlehnung an das Textdatenmaterial entwickelt wurde, erhebt den Anspruch, die in der Bevölkerung tatsächlich vorkommenden Typen des Links-Rechts-Verständnisses vollständig wiederzugeben⁶. Die vier Grundtypen dieses Verständnisses können wie folgt skizziert werden:

1. Gesellschaftliche Wertorientierungen

Kennzeichnend für diesen Typ des Verständnisses der Begriffe Links und Rechts ist, daß sie unter Bezug auf gesellschaftliche Werte definiert werden. Dies ist aus einem unterschiedlichen Konzept für die ökonomische, soziale und politische Ordnung zu erkennen. Im Mittelpunkt der Auffassungen von der Wirtschaftsordnung steht zum einen das Verhältnis von Staat und Wirtschaft sowie zum anderen die Verteilung der Rechte von Unternehmern und Arbeitnehmern. ‚Links‘ wird dabei mit einer Befürwortung von Staatseingriffen in die Wirtschaft und einem Verlangen nach Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der konkreten Unternehmensführung verknüpft, während ‚rechts‘ für die uneingeschränkte Marktwirtschaft und eine ebenso uneingeschränkte Freiheit der unternehmerischen Entscheidung steht. Die ungleiche Verteilung materieller Ressourcen und Interessenkonflikte („Klassenkampf“) sind das dominante Thema, wenn auf die soziale Ordnung abgehoben wird. Der linken Position wird das Ziel des Abbaus von Ungleichheiten zugeschrieben; ‚rechts‘ meint im Gegensatz dazu die befürwortende Begründung der ungleichen Verteilung materieller Ressourcen und eines hierarchischen Gesellschaftsaufbaus. Bei der politischen Ordnung des Gemeinwesens wird in erster Linie das Verhältnis zwischen den Herrschenden und den Herrschaftsunterworfenen angesprochen; dies auch unter der Perspektive des politischen Wandels. ‚Rechts‘ wird dabei verstanden als Symbol für die Erhaltung des status quo; ‚links‘ als die Unterstützung von Veränderung mit dem Ziel größerer politischer Gleichheit.

In der Kategorie ‚Gesellschaftliche Wertorientierungen‘ finden sich die Elemente wieder, die als kennzeichnend für ‚links‘ und ‚rechts‘ in den verschiedenen allgemeinen Definitionen immer wieder herausgestellt wurden.

2. Ideologische Bewegungen

Die Gleichsetzung der Begriffe Links und Rechts mit ideologischen Bewegungen genereller und spezieller Art ist charakteristisch für den zweiten Typ des Verständnisses. Geht es um die inhaltliche Bestimmung von ‚links‘, so wird auf den Kommunismus, den Sozialismus etc. oder aber auf spezielle Realisationen hingewiesen (z.B. Kommunismus nach sowjetischem Muster). Entsprechend meint ‚rechts‘ Faschismus, Konservatismus etc. oder aber den deutschen Nationalsozialismus, den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik u. ä.

Anders aber als beim Typ ‚Gesellschaftliche Wertorientierungen‘ werden hier die konkreten Zielvorstellungen solcher ideologischer Bewegungen nicht weiter herausgearbeitet. Da dies von den Befragten auch auf intensives Nachfassen seitens der Interviewer nicht geleistet wird, schließen wir auf ein weniger reflektiertes Verständnis als im Falle der ‚Gesellschaftlichen Wertorientierungen‘.

3. Politische Parteien

Typisch für die hier angesprochene Art des Verständnisses der Begriffe Links und Rechts ist ihre Gleichsetzung mit politischen Parteien, und zwar in der Regel mit den politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland. ‚Links‘ ist dann etwa die SPD, ‚rechts‘ die CDU oder die CSU. Die kulturell vorgeprägten Symbole werden den Parteien als Etiketten beigegeben. Auch in diesem Falle ist, wie bei den ‚Ideologischen Bewegungen‘, nichts weiter über die inhaltliche Bedeutung von ‚links‘ und ‚rechts‘ zu erfahren. Kennzeichnend ist, daß selbst der Verweis auf die großen ideologischen Grundströmungen fehlt. Wir siedeln deshalb diesen Bezugsrahmen in Hinsicht auf den darin zum Ausdruck kommenden Reflektionsgrad nach den ‚Ideologischen Bewegungen‘ an.

4. Ideosynkretisch-affektives Verständnis

Dieser Kategorie der inhaltlichen Bestimmung von ‚links‘ und ‚rechts‘ ist das weitgehende Fehlen kognitiver Elemente oder aber ein deutlich erkennbares Abweichen vom kulturellen Modell gemeinsam. Ideosynkretisch-affektiv meint dabei ein Verständnis von ‚links‘ oder ‚rechts‘ im Sinne von ‚gut‘, ‚schlecht‘, ‚vertrauenswürdig‘, ‚ausgewogen‘ u. ä., ohne daß die Gründe für eine solche Einschätzung expliziert werden. Wird der Kommunismus zum Beispiel als ‚rechts‘ oder der Konservatismus als ‚links‘ bezeichnet, ohne auszuführen, warum man dieser Auffassung ist, wurde auf ein Abweichen vom kulturellen Modell geschlossen (‚falsches‘ Verständnis).

5. Nichtwissen

Schließlich gab es auch solche Befragte, die ihre eigenen politischen Ansichten zwar auf der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala eingeordnet hatten, die aber auf die Nachfragen nach der inhaltlichen Bedeutung der Links-Rechts-Dimension freimütig bekannten, daß sie eigentlich nicht wüßten, was mit diesen Begriffen gemeint sei. Bei anderen mußte der Interviewer aus einem langen Schweigen des Gesprächspartners auf den gleichen Sachverhalt schließen.

Insgesamt ist festzuhalten, daß wir in unserem Material keine Antworten fanden, die auf ein im Sinne von *Murphy* et al. ‚neues‘ Verständnis schließen ließen. Dabei hatten wir nach solchen Inhalten schon aufgrund unserer engen Kooperation mit *Ronald Inglehart* explizit gesucht.

Die Verteilungen der beschriebenen Verständnistypen in der Bevölkerung sind in Tabelle 1 aufgeführt. Sie sind basieren auf die rund 90 Prozent der Befragten, die ihre

Tabelle 1: Die Verteilung von Grundtypen des Verständnisses von ‚links‘ und ‚rechts‘ in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1974 und 1980

Verständnis im Sinne von:	Links		Rechts	
	1974 %	1980 %	1974 %	1980 %
Gesellschaftlichen Wertorientierungen	10	16	9	17
Ideologischen Bewegungen	47	39	34	26
Politischen Parteien	28	19	35	27
Ideosynkratisch-affektiv	5	11	9	13
Nichtwissen	10	15	13	17
n	2126 92%	1864 89%	2126 92%	1864 89%
N	2307	2095	2307	2095

Die Prozentuierung bezieht sich auf die Befragten, die ihre eigenen politischen Ansichten auf der Links-Rechts-Skala eingestuft haben.

eigenen politischen Ansichten auf der Links-Rechts-Skala eingestuft haben (1974: 92%; 1980: 89%). Wir fassen die Ergebnisse wie folgt zusammen:

1. Das Verständnis von ‚links‘ und ‚rechts‘ im Sinne der gängigen, wertbezogenen Definition ist Sache einer Minderheit, die jedoch im Wachsen begriffen scheint. War es im Jahr 1974 jeder neunte (rechts) oder zehnte (links) Befragte, der ‚links‘ oder ‚rechts‘ in diesem Sinne mit Inhalt füllte, so lagen die entsprechenden Anteile sechs

Jahre später bei 16 Prozent (links) und 17 Prozent (rechts). Dennoch ist eine Interpretation von Links-Rechts-Selbsteinstufungen, die daraus weitreichende Schlüsse auf die Unterstützung unterschiedlicher Gesellschaftsentwürfe zieht, selbst bei dieser Sachlage unangemessen.

2. Modale Verständnistypen sind dagegen die eher konkretistischen Gleichsetzungen der Symbole Links und Rechts mit anderen politischen Symbolen, die ebenfalls Richtungscharakter haben. Im Falle von ‚links‘ gilt dies eher für die Verknüpfung mit den Bezeichnungen ideologischer Bewegungen, im Falle von ‚rechts‘ eher für Namen politischer Parteien. Kulturell gängige, in den Medien oft gebrauchte Symbolverbindungen werden hier reproduziert, ohne daß eine inhaltliche Begründung dafür präsent ist. Der Anteil dieser Verständnisarten hat von 1974 auf 1980 abgenommen. Für ‚links‘ ergaben sich 1974 75 Prozent und für 1980 58 Prozent; für ‚rechts‘ waren es 1974 69 Prozent und 1980 53 Prozent.

3. Eine ideosynkretisch-affektive oder ‚falsche‘ Bedeutung wurde den Richtungsbegriffen jeweils nur von einem geringen Anteil der Befragten zugemessen, ein Anteil, der leicht gewachsen ist (Links: 1974: 5 %, 1980: 11 %; Rechts: 1974: 9 %, 1980: 13 %).

4. Leicht angestiegen ist auch der Anteil der Befragten, für die ‚weiß nicht‘ oder ‚keine Angabe‘ protokolliert wurde. Im Falle von ‚links‘ waren es im Jahre 1974 10 Prozent, die ihre politischen Ansichten in Unkenntnis der Bedeutung des Symbols auf der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala lokalisiert hatten, 1980 waren es 15 Prozent. Im Falle von ‚rechts‘ ergaben sich 13 Prozent (1974) und 17 Prozent (1980). Dies sind Anteilssätze, die nicht vernachlässigt werden können. Berücksichtigt man hier noch die Befragten, die sich auf der Links-Rechts-Skala nicht eingestuft haben, dann erhöhen sich die Anteile auf ca. ein Fünftel aller Befragten im Jahre 1974 und auf ein Viertel im Jahre 1980 (Links: 1974: 19 %, 1980: 25 %; Rechts: 1974: 23 %, 1980: 26 %).

Es ist bei dieser Sachlage keine Frage, daß man generell von einem unterschiedlichen Verständnis der Richtungsbegriffe in der Bevölkerung ausgehen muß. Vor allem verbieten sich solche Interpretationen von Links-Rechts-Selbsteinstufungen, die allein auf gesellschaftliche Wertorientierungen abstellen. Ein derartiges Wertbewußtsein ist in weiten Teilen der Bevölkerung schlicht nicht vorhanden. Das gilt nun, wie Tabelle 2 zeigt, nicht etwa nur für die Bundesrepublik Deutschland allein. Zwar liegen die Anteile der Befragten die ‚links‘ oder ‚rechts‘ in einem expliziten Sinne wertbezogen verstehen, in den Mehrparteiensystemen deutlich höher als in den „Zweilager“-Parteiensystemen, jedoch ist dieser Verständnistyp in keinem der Länder, für die wir vergleichbare Daten besitzen, dominant. Der Befund deckt sich mit den Ergebnissen der Forschung über die Konzeptualisierung von Politik in den Bevölkerungen westlicher Demokratien.

Table 2: Die Verteilung von Grundtypen des Verständnisses von 'links' und 'rechts' in den Bevölkerungen westlicher Demokratien im Jahre 1974

Verständnis im Sinne von:	Links					Rechts						
	NL %	I %	CH %	D %	USA %	GB %	NL %	I %	CH %	D %	USA %	GB %
Gesellschaftlichen Wertorientierungen	31	30	16	10	9	6	29	19	21	9	11	9
Ideologischen Bewegungen	19	19	27	47	36	22	8	24	18	34	31	11
Politischen Parteien	19	26	27	28	1	36	26	27	25	35	2	42
Ideosynkratisch-affektiv	8	11	17	5	33	15	11	14	20	9	36	17
Nichtwissen	23	14	13	10	21	21	26	16	16	13	20	21
n	1085	1315	1016	2126	1162	1211	1085	1315	1016	2126	1162	1211

In die Auswertung wurden die Befragten einbezogen, die ihre eigenen politischen Ansichten auf der Links-Rechts-Skala eingestuft haben.
 NL: Niederlande; I: Italien; CH: Schweiz; D: Bundesrepublik Deutschland; GB: Großbritannien.

Wir wollen an dieser Stelle die interessanten Fragen des internationalen Vergleichs nicht weiter verfolgen. Das würde über die Absicht eines Diskussionsbeitrages weit hinausgehen. Wir wollen abschließend vielmehr fragen, ob sich möglicherweise die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen in ihrem Verständnis der politischen Richtungsbegriffe von der übrigen Bevölkerung unterscheiden. Folgt man *Murphy et al.*, so müßte hier zumindest ein höherer Anteil des auf gesellschaftliche Werte bezogenen Symbolbewußtseins zu erwarten sein. Für unsere Zwecke betrachten wir solche Befragte als ein Teil der neuen sozialen Bewegungen, die im Februar/März 1980 von sich sagten, sie würden bei der jeweils nächsten Landtagswahl (das betraf Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland) oder der Bundestagswahl 1980 (das betraf den Rest des Bundesgebiets) den „Grünen“ bestimmt oder vielleicht ihre Stimme geben. Das Ergebnis ist in Tabelle 3 zusammengefaßt. Es zeigt in der Tat einen höheren Anteil des wertbezogenen Verständnisses von ‚links‘ oder ‚rechts‘ bei den Grünen. Die Unterschiede bewegen sich indes in einer Größenordnung, die eher bescheiden ist. Auch hier wäre eine generelle, ideologische Interpretation der Position auf der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala verfehlt.

Tabelle 3: Die Verteilung von Grundtypen des Verständnisses von ‚links‘ und ‚rechts‘ bei den Anhängern der Grünen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung im Jahre 1980

Verständnis im Sinne von:	Links		Rechts	
	Grüne %	Nicht-Grüne %	Grüne %	Nicht-Grüne %
Gesellschaftlichen Wertorientierungen	22	15	22	17
Ideologischen Bewegungen	37	41	29	27
Politischen Parteien	19	19	25	27
Ideosynkratisch-affektiv	11	11	11	13
Nichtwissen	11	14	13	16
n	268	1452	268	1452

In die Auswertung wurden die Befragten einbezogen, die ihre eigenen politischen Ansichten auf der Links-Rechts-Skala eingestuft haben.

Murphy et al. haben in ihrem Beitrag eine auf gesellschaftliche Werte bezogene Definition der politischen Richtungsbegriffe Links und Rechts angeboten. Sie haben darüber hinaus die These aufgestellt, daß sich das ‚klassische‘ Verständnis dieser Begriffe aufgrund einer geänderten politischen Problemlage im Sinne der neuen politischen Bewegungen ebenfalls verändert. „Die politischen Richtungsbegriffe werden neu bestimmt, aber sie werden beibehalten“ (*Murphy et al.* 1981: 399). Wir haben diese Thesen überprüft. Dabei gingen wir davon aus, daß sich die behaupteten Sachverhalte auch im

Bewußtsein der Bevölkerung, zumindest aber bei Anhängern der neuen sozialen Bewegungen, auffinden lassen sollten. Einen expliziten Wertbezug im Sinne der gängigen Definition von links und rechts konnten wir nur bei einer Minderheit der Bevölkerung feststellen. Den programmatischen Bedeutungswandel haben wir in unseren Daten vergeblich gesucht.

Anmerkungen

- 1 Zur Kritik an *Inglehart* vgl. etwa *Herz* 1979; *Lehner* 1979; *Böltken* und *Jagodzinski* 1982.
- 2 Vgl. dazu etwa *Inglehart* und *Klingemann* 1976: 248; *Klingemann* 1979: 229–230.
- 3 Vgl. *Kaltefleiter* 1977: 106–113; *Kaltefleiter* und *Nissen* 1980: 142–147.
- 4 *Gibowski* 1977: 617, teilt für den Zeitraum von Mai 1976–November 1976 eine Produktmomentkorrelation von $r = .60$ mit. Aus Erhebungen im Rahmen des von *Allerbeck*, *Kaase* und *Klingemann* geleiteten Forschungsprojekts „Strukturen und Prozesse politischer Beteiligung, politischer Ideologie und politischer Sozialisation“ ergibt sich für den Zeitraum von Frühjahr 1974–Frühjahr 1980 eine Korrelation von $r = .40$. *van Deth* 1981: 20 teilt für die Niederlande und für den gleichen Sechsjahreszeitraum ein $r = .65$ mit.
- 5 Die entsprechenden Daten wurden erhoben im Rahmen der von der DFG geförderten und von *Klaus Allerbeck*, Universität Frankfurt, *Max Kaase*, Universität Mannheim und *Hans-Dieter Klingemann*, Freie Universität Berlin geleiteten Forschungsprojekte „Politische Ideologie, politische Unzufriedenheit und politischer Protest in entwickelten Industriegesellschaften“ sowie „Strukturen und Prozesse politischer Beteiligung, politischer Ideologie und politischer Sozialisation in der Bundesrepublik Deutschland“.
- 6 Vgl. zu dem Klassifikationsschema die Umfragedokumentation: ZA-Studie Nr. 0757, Politische Ideologie, 1979: 40–44.

Literaturverzeichnis

- Böltken, Ferdinand* und *Wolfgang Jagodzinski*, 1982: Post-Materialism in the European Community, 1970–1980: Insecure Value Orientation in an Environment of Insecurity, Paper presented at the planning session on Over-Time Analysis. European Consortium of Political Research, Joint Sessions of Workshops, University of Aarhus, March 29–April 3.
- Converse, Philip E.*, 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: *David A. Apter* (ed.), *Ideology and Discontent*, New York, 206–261.
- Converse, Philip E.*, 1974: Public Opinion and Voting Behavior, in: *Fred I. Greenstein* und *Nelsson Polsby* (eds.), *Nongovernmental Politics. Handbook of Political Science*, vol. 4, Reading, Massachusetts, 75–169.
- Gibowski, Wolfgang G.*, 1977: Die Bedeutung der Links-Rechts-Dimension als Bezugsrahmen für politische Präferenzen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 600–626.
- Herz, Thomas*, 1979: Der Wandel von Wertvorstellungen in westlichen Industriegesellschaften, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 31, 282–302.
- Inglehart, Ronald*, 1981: Post-Materialism in an Environment of Insecurity, in: *American Political Science Review* 75, 880–900.
- Inglehart, Ronald* und *Hans D. Klingemann*, 1976: Party Identification, Ideological Preference and the Left-Right Dimension among Western Mass Publics, in: *Ian Budge, Ivor Crewe, and Dennis Farlie* (eds.), *Party Identification and Beyond*, London, 243–273.
- Kaltefleiter, Werner*, 1977: Vorspiel zum Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1976, Berlin.
- Kaltefleiter, Werner* und *Peter Nissen*, 1980: Empirische Wahlforschung, Paderborn.
- Klingemann, Hans D.*, 1979: Measuring Ideological Conceptualizations, in: *Samuel H. Barnes, Max Kaase et al.*, *Political Action*. Beverly Hills, California, 215–254.
- Kolakowski, Leszek*, 1969: The Concept of the Left, in: *Carl Oglesby* (ed.), *The New Left Reader*, New York, 144–158.

- Laponce, Jean*, 1970: Note on the Use of the Left-Right Dimension, in: *Comparative Political Studies* 3, 481–502.
- Laponce, Jean*, 1972: In Search of Stable Elements of the Left-Right Landscape, in: *Comparative Politics* 4, 455–476.
- Laponce, Jean*, 1975: Spatial Archetypes and Political Perceptions, in: *American Political Science Review* 69, 11–69.
- Lebner, Franz*, 1979: Die „Stille Revolution“: Zur Theorie und Realität des Wertwandels in hoch-industrialisierten Gesellschaften, in: *Helmut Klages und Peter Kmiecik* (Hrsg.), *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt a. M., 317–327.
- Lipset, Seymour M., Paul F. Lazarsfeld, Allen H. Barton and Juan Linz*, 1954: The Psychology of Voting: An Analysis of Voting Behavior, in: *Gardner Lindzey* (ed.), *Handbook of Social Psychology*, vol. 2, Reading, Massachusetts, 1124–1175.
- Murphy, Detlef, Frank Nullmeier, Joachim Raschke, Frauke Rubart und Thomas Saretzki*, 1981: Haben „links“ und „rechts“ noch eine Zukunft? Zur aktuellen Diskussion über die politischen Richtungsbegriffe, in *Politische Vierteljahresschrift* 22, 398–414.
- Norpoth, Helmut*, 1979: The Parties Come to Order! Dimensions of Preferential Choice in the West German Electorate, 1961–1976, in: *American Political Science Review* 73, 724–736.
- Pappi, Franz Urban*, 1982: Die Links-Rechts-Dimension des deutschen Parteiensystems und die Parteipräferenz-Profile der Wählerschaft, in: *Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann* (Hrsg.), *Wahlen und Politisches System. Studien zur Bundestagswahl 1980*, Opladen (im Erscheinen).
- van Deih, Jan*, 1981: Value Change in the Netherlands: A Test of Inglehart's Theory of the Silent Revolution, Paper presented at the Fourth Annual Scientific Meeting of the International Society of Political Psychology, Mannheim, June 24–27.